

„Gravierende Folgen“

Der Landesverband für **Sozialberufe** schlägt **Alarm**: Von den **253** ausgeschriebenen **Stellen** für MitarbeiterInnen für Integration konnten nur knapp 100 besetzt werden. Das Modell der inklusiven Schule stehe auf der Kippe.

von Artur Oberhafer

Marta von Wohlgemuth, die Geschäftsführerin des Landesverbandes der Sozialberufe, spricht von einer „alarmierenden Zahl“. Vor wenigen Tagen wurde die Stellenwahl der MitarbeiterInnen für Integration abgeschlossen. Es sind dies jene Fachkräfte, die Kinder und Jugendliche mit Behinderung im Schulalltag begleiten.

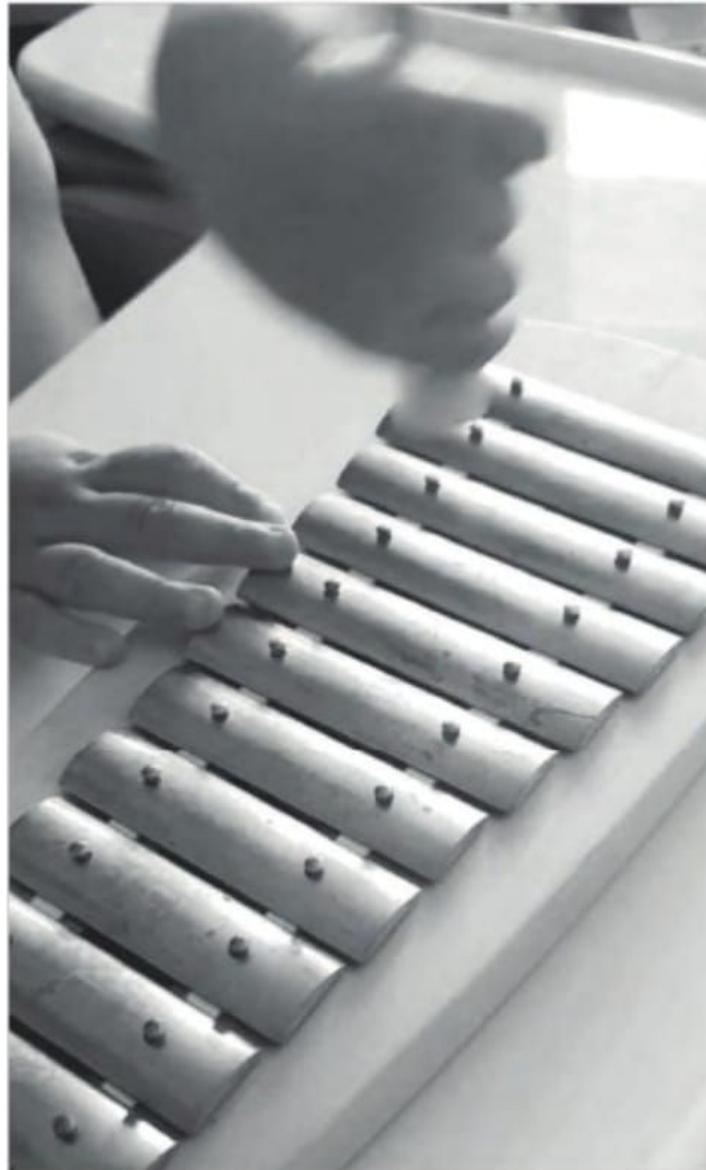
Von den 253 ausgeschriebenen Stellen konnten nur knapp 100 besetzt werden. „Die inklusive Schule ist in Gefahr“, sagt denn auch Maria Vittoria Inguscio, die Vorsitzende des Landesverbandes der Sozialberufe. Dabei habe sich das Konzept der inklusiven Schule in den letzten Jahren als eine „vielversprechende Lösung zur Förderung der Chancengleichheit in der Bildung etabliert“. Ein Modell, eben, dass darauf abziele, SchülerInnen mit unterschiedlichen Fähigkeiten und Bedürfnissen gemeinsam zu unterrichten. „Doch die Realität“, so klagen Maria Vittoria Inguscio und Marta von Wohlgemuth, „sieht oft anders aus.“

Ein Grund: Der Beruf habe in den letzten Jahren aufgrund verschiedener Entwicklungen deutlich an Attraktivität verloren. Mittlerweile sei es selbst für Angebote mit erhöhtem Stundenausmaß schwierig, ausreichend Personal zu finden.

Ein Blick auf die Entwicklung der letzten zwei Jahrzehnte zeigt tatsächlich eine besorgniserregende Tendenz: Während früher ausreichend Vollzeitstellen angeboten wurden, stehen im aktuellen Schuljahr landesweit nur noch acht Vollzeitstellen zur Verfügung. „Statt einer bedarfsgerechten Aufstockung wurde das Stellenkontingent in viele Teilzeitstellen aufgesplittet – mit teils gravierenden Folgen für SchülerInnen und die MitarbeiterInnen für Integration“, heißt es beim Landesverband der Sozialverbände.

Negative Folgen für Schüler und Fachkräfte

Kinder/SchülerInnen mit Behinderung können oft nicht an Wahlbüchern, Ausflügen oder an der Mittagsbetreuung teilnehmen. Bei Ausfall der MitarbeiterInnen für Integration müssen sie mitunter nach Hause geschickt werden, da kein Ersatz zur Verfügung steht. Für die MitarbeiterInnen für Integration bedeutet das Teilzeitmodell Unsicherheit: Viele langjährige MitarbeiterInnen sind ge-



zwungen, einen Zweitjob anzunehmen, kündigen oder wechseln in andere Berufsfelder. Junge Menschen sehen in diesem Arbeitsmodell keine Perspektive und orientieren sich ins benachbarte Ausland, wo bessere Bedingungen herrschen, weiß man im Landesverband für Sozialberufe. Auch die Zunahme an komplexen und schwierigen Betreuungssituationen erschwere es vielen Fachkräften, ihren Beruf ganzjährig auszuüben.

Direktberufungen ohne Qualifikation – ein riskanter Trend

Da viele Stellen unbesetzt bleiben, müssen die Schuldirektionen nun selbst Personal suchen – auch ohne

geben. „So kommt es, dass Direktberufene oft bessere Bedingungen erhalten als qualifizierte Fachkräfte mit einem unbefristeten Vertrag“, geben Maria Vittoria Inguscio und Marta von Wohlgemuth zu bedenken.

Kontinuität und Qualität gefährdet

Für die betroffenen Kinder und SchülerInnen sei diese Entwicklung fatal. Gerade im sensiblen Bereich der Integration seien verlässliche, kompetente Bezugspersonen essenziell für Lernerfolge.

„Wer Pech hat, muss sich jedes Jahr auf neue Begleitpersonen einstellen – auch weil bei den Integrationslehrpersonen die Situation ähnlich ist“, erklärt Marta von Wohlgemuth. Individuelle Lernziele könnten so kaum kontinuierlich verfolgt werden.

„Viele langjährige MitarbeiterInnen für Integration sind gezwungen, einen Zweitjob anzunehmen, kündigen oder wechseln in andere Berufsfelder.“

Hinzu komme: Viele SchülerInnen benötigen pflegerische oder therapeutische Unterstützung – etwa bei der Einnahme von Medikamenten, Sondenernährung oder Umsetzung von Therapieinhalten. „Wenn ungeschultes Personal diese Aufgaben übernimmt, stellt sich die Frage nach der Haftung“, gibt der Landesverband für Sozialberufe zu bedenken.

Appell an die Politik

Der Fachbereich MitarbeiterInnen für Integration im Landesverband für Sozialberufe warnt seit Jahren vor dieser prekären Situation und fordert die Entscheidungsträger auf, endlich die zahlreichen Verbesserungsvorschläge der Arbeitsgruppe „Mitarbeiter für Integration“ umzusetzen. Marta von Wohlgemuth sagt: „Es braucht dringende strukturelle Reformen, um die Qualität der Begleitung zu sichern und den Beruf wieder attraktiv zu machen.“

Die Stundenzuweisung an Kindern mit Behinderung müsste in vielen Fällen erhöht werden, damit sie bedarfsgerecht und individuell gefördert werden und ihr Recht auf den Schulbesuch gewährt wird, so die Geschäftsführerin des Landesverbandes für Sozialberufe.



Marta von Wohlgemuth:
„Die Politik muss handeln“

fachspezifische Ausbildung. Eine Nachqualifizierung ist nicht verpflichtend. Durch das Zusammenlegen mehrerer Teilzeitstellen entstehen zwar vereinzelt attraktive Vollzeitangebote, doch diese werden nur befristet für ein Jahr ver-